

Newsletter des Europainstituts Basel, seines Fördervereins und seiner Alumni Association

Europainstitut Basel, Gellertstrasse 27, 4020 Basel, Tel: 061 317 97 67, www.europa.unibas.ch



Umbruch und Aufbruch

Prof. Dr. Christa Tobler, Professorin für Europarecht, Juristische Fakultät der Universität Basel

Ich schreibe diese Zeilen mitten aus einem Berg von Umzugsschachteln. Ein Umzug bedeutet immer Umbruch und Aufbruch. Im Umbruch und Aufbruch befindet sich zur Zeit auch einiges, was mit dem Europainstitut der Universität Basel zu tun hat. Bei seiner Gründung wurde unserem Institut als Thema die europäische Integration mitgegeben. Das bedeutet zuerst einmal die Europäische Union, dann aber auch die Beziehung der Schweiz zur EU, d.h. für mich als Juristin vor allem die rechtliche Seite dieser Beziehung, also das sogenannte bilaterale Recht.

Die EU ist heute wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise im Umbruch – und möglicherweise im Aufbruch zu einer neuen Integrationsstufe. Für das bilaterale Recht, das uns aus schweizerischer Perspektive naturgemäss besonders interessiert, wünscht sich die EU seit einigen Jahren einen Umbruch und Aufbruch. Es geht dabei um die sog. „Erneuerung des bilateralen Wegs“, mit dem sich die Schweiz aber bekanntlich einigermaßen schwer tut. Lassen Sie mich kurz rekapitulieren – wobei Sie Details zum Folgenden im neuesten juristischen Produkt des Europainstitutes nachlesen können (Christa Tobler/Jacques Beglinger, Grundzüge des bilateralen (Wirtschafts-)Rechts Schweiz / EU. Systematische Darstellung in Text und Tafeln, Dike 2013; siehe www.eur-charts.eu): Bereits im Sommer 2006 wies der Präsident der Europäischen Kommission, Manuel Barroso, anlässlich eines Besuches von Bundespräsident Leuenberger in Brüssel auf den Verwaltungsaufwand im rechtlichen Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz hin und bemerk-

te, eine Reduktion könne am besten durch einen EWR-Beitritt seitens der Schweiz oder durch ein Assoziationsabkommen erreicht werden. Obwohl darüber in der Presse berichtet wurde, nahmen die schweizerische Öffentlichkeit und z.T. auch die Politik die Kritik der EU an der Funktionsweise des bilateralen Rechts erst sehr viel später wahr, nachdem die EU sie immer wieder vorgebracht, die in ihren Augen neuralgischen Punkte wiederholt benannt (nämlich die Weiterentwicklung, die Auslegung, die Überwachung und die Durchsetzung des bilateralen Rechts sowie der Streitbeilegungsmechanismus) und ganz einfach auf ihrem Anliegen beharrt hatte. Im Frühsommer 2012 sandte der Bundesrat dann ein Schreiben mit Vorschlägen nach Brüssel. Dieses Schreiben sowie die Antwort der Kommission vom Dezember 2012 sind via der Internetseite der Direktion für europäische Angelegenheiten des EDA (also des früheren Integrationsbüros) erhältlich (<http://www.europa.admin.ch/themen/00499/00503/01777/index.html?lang=de>). Bevor der Brief der Kommission in der Schweiz eintraf, waren in der hiesigen Presse übrigens Stimmen zu hören, die fragten, warum es denn so lange dauere, bis die EU endlich antworte. Das verwundert doch einigermaßen, wenn man sich vor Augen führt, wie lange die EU ihr Anliegen gegenüber der Schweiz schon vorbringt.

Der Antwort der EU ist zu entnehmen, dass sie zwar gewisse Vorschläge der Schweiz positiv aufnimmt, andere aber als nicht annehmbar erachtet. Das verwundert nicht, wenn man sich

an die erwähnte Aussage von Kommissionspräsident Barroso von 2006 erinnert, dass der Verwaltungsaufwand für das bilaterale Recht am besten durch den EWR-Beitritt der Schweiz oder ein Assoziationsabkommen erreicht werden könne. „Am besten“ heisst ja nun nicht, dass der EWR aus der Sicht der EU die einzig denkbare Lösung wäre. Aber aus ihren späteren Äusserungen wird deutlich, dass die Funktionsweise des EWR das Modell ist, an welchem die EU die Erneuerung des bilateralen Weges ausrichten möchte, und zwar das ganze bilaterale Recht und nicht nur einzelne, künftige Abkommen. Das würde einen Umbruch und Aufbruch bedeuten, der aus der Sicht der EU der rechtlichen Beziehung zwischen der Schweiz und der EU zugute kommen würde. In der Schweiz gibt es indessen kritische Stimmen, die das anders sehen. Dies alles wird in den weiteren Gesprächen zwischen der Schweiz und der EU noch einiges zu reden geben. Nach meiner Einschätzung ist nicht zu erwarten, dass die EU nach so vielen Jahren einer klaren



Europainstitut der Universität Basel
Gellertstr. 27
Postfach, 4020 Basel

Linie für die Zukunftsperspektive ihrer rechtlichen Beziehung zur Schweiz von ihrem Anliegen abrücken wird, unabhängig davon, welche kreativen Modelle in der schweizerischen Diskussion noch entwickelt werden, um irgendwie um die Anliegen der EU herumzukommen. Nach meiner persönlichen Meinung würde die Schweiz übrigens am meisten profitieren, wenn sie einen mutigen Schritt in die Richtung des EWR täte. Im von unserem früheren Institutsdirektor Georg Kreis zusammen mit dem Politologen Dieter Freiburghaus in schöner, interdisziplinärer Tradition unseres Hauses herausgegeben Buch „Der EWR – verpasste oder noch bestehende Chance?“ (NZZ Libro 2012) ist nachzulesen, wie die anderen EFTA-Länder, welche diesen Schritt vor 20 Jahren gewagt haben, davon profitiert haben und wie sie mit Befriedigung auf ihre damalige Entscheidung zurückblicken.

All diese Themen werden auch an unserem Europainstitut diskutiert und im Unterricht vermittelt. Und das Institut selber? Auch es befindet sich im Umbruch und Aufbruch. Ich gehe davon

aus, dass Sie im nächsten Newsletter an dieser Stelle einen Beitrag unserer neuen Institutsdirektorin, Prof. Madeleine Herren-Oesch lesen werden. Unter ihrer Leitung wird unser Institut seine bisherige thematische Ausrichtung, also die europäische Integration, weiter pflegen, sie aber zugleich erweitern um die Perspektive der Beziehungen Europas mit dem Rest der Welt, vor allem mit Asien. Umbruch und Aufbruch also auch hier – zum Besten des Instituts, davon bin ich überzeugt.

ECSA-Jahreskonferenz



Jahreskonferenz der ECSA-Schweiz 2012

Tanja Klein, Assistentin Politikwissenschaft, Europainstitut der Universität Basel

Im Dezember 2012 fand an der Universität Basel zum zweiten Mal die Jahreskonferenz der ECSA-Schweiz statt. Die Mitgliedsorganisationen der „European Communities Studies Association“ bieten ein Forum für den fachübergreifenden Austausch zu Fragen der europäischen Integration. Aus aktuellem Anlass widmete sich die Konferenz dem Thema „20 Jahre nach dem EWR-Nein“: Am 6. Dezember 1992 hatte sich die Schweiz gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) entschieden.

Exakt 20 Jahre später, am Abend des 6. Dezembers 2012, erfolgte nun ein Blick über die Grenzen der Schweiz hinaus: Fredrik Sejersted, Rechtsprofessor an der Universität Oslo, hielt einen Vortrag zum Thema „Outside and Inside: Norway's agreements with the European Union. Twenty years of experience with the EEA agreement that Switzerland rejected“. Sejersted widmete sich in seinem Vortrag den Ergebnissen einer Studie zum Einfluss der EU auf Norwegen. Sein engagierter Vortragsstil, die Präsentation einiger weitgehend unbekannter Fakten zum Verhältnis zwischen Norwegen und der EU und Vergleiche mit ande-

ren Staaten stiessen beim Publikum auf grosses Interesse. Prof. Christa Tobler (Europainstitut) und Prof. Francesco Maiani (IDHEAP, Lausanne) kommentierten im Anschluss Sejersteds Vortrag und ergänzten weitere Aspekte aus Schweizer Perspektive.

Nach diesem gelungenen Auftakt versammelten sich am Folgetag Juristen, Ökonomen und Politikwissenschaftler verschiedener Universitäten in den Räumlichkeiten des Europainstituts, um vertieft auf das Thema der Jahreskonferenz einzugehen. Prof. Laurent Goetschel (Europainstitut), Präsident der ECSA Schweiz, begrüsst die Gäste, bevor das erste Panel begann. Dieses wurde von Daniel Michel, ehemaliger Mitarbeiter des Europainstituts, moderiert und umfasste die Vorträge von Dr. Benedikt Pirker (Universität Freiburg) und Christian Frommelt (Liechtenstein-Institut) zur Auslegung unionsrechtlicher Rechtsbestimmungen im Recht des EWR bzw. zur Thematik von Differenzierung und Homogenität. Im Anschluss kamen Forschungsergebnisse aus Genf zum Zuge: Prof. Francesco Maiani (IDHEAP, Lausanne) moderierte ein Panel, in dem Elia Pusterla und Blaise Fontanellaz (beide Universität Genf)

sich mit der Souveränität der Schweiz in der Umsetzung der Bilateralen Abkommen bzw. den Positionen schweizerischer Parteien zur EU beschäftigten. Die engagierten Diskussionen der Referenten und der Teilnehmenden setzten sich in der Mittagspause fort, die in das dritte Panel mündete. Prof. Laurent Goetschel begrüsst hier zwei Referenten mit sehr unterschiedlichen Themen: Dr. Matthias Oesch (IEW/WTI Bern) stellte erste Ideen zum Thema „Die bilateralen Beziehungen im Kontext der Globalisierung“ vor, während Sabine Jenni (ETH Zürich) einen Vortrag zum Einfluss der Bilateralen auf die Schweizerische Rechtsanpassung an die EU präsentierte.

Die Vorträge machten deutlich, dass auch 20 Jahre nach dem EWR-Nein die Positionen der Schweiz zum EWR und zur EU auf grosses Interesse stossen. Das Europainstitut hat sich nach 2011 zum zweiten Mal als engagierter Gastgeber der ECSA-Tagung erwiesen. Es wird nun im Jahre 2013 den Stab an das IDHEAP und Francesco Maiani weiterreichen, der die Nachfolge von Laurent Goetschel als Präsident der ECSA Schweiz antritt.



Moot Court Team qualifiziert sich für Regional Final in Schweden

Janine Dumont, Assistentin Rechtswissenschaft, Europainstitut der Universität Basel

Das Europainstitut konnte im aktuellen Studienjahr wieder ein Team für die Teilnahme am internationalen Wettbewerb „European Law Moot Court“ (ELMC) zusammenstellen. Der ELMC bietet den Studierenden die Gelegenheit, sich in einem gespielten Fall im Bereich des Europarechts juristisch zu probieren. Die intensive Arbeit mit dem Fall wird weitgehend der Anwaltstätigkeit und der Ablauf des Wettbewerbs dem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof nachempfunden. Das Europainstitut unterstützt die Teilnahme im Rahmen eines Seminars, das vom ehemaligen Moot Court Teilnehmer und langjährigen Teambetreuer Lukas Lusser durchgeführt wird. In einer ersten Phase wurde in diesem Studienjahr der fiktive Sachverhalt, der im September veröffentlicht wurde, genau analysiert und erste Argumente wurden gesammelt. In der anschliessenden vertieften Recherche zu den abgedeckten Themengebieten konnten die Studierenden ihre Argumente verfeinern und mit Belegen insbesondere aus echten

Fällen vor dem Europäischen Gerichtshof untermauern.

Schliesslich fassten die Studierenden ihre Argumente in zwei Rechtsschriften zusammen. Eine plädierte hierbei aus Sicht der Klägerseite, die sich im diesjährigen Fall aus Herrn Sepp und der Kommission der Europäischen Union zusammensetzte. Die Beklagtenschrift stellte dagegen die Argumente im Sinne der Interessen der Beklagten, diesmal Prokuratur und die Republik Kappadokien dar. Hierbei wurde insbesondere Wert auf eine logische Argumentation mit zahlreichen Belegen und eine ansprechende Wortwahl gelegt. Am 30. November 2012 wurden die anonymisierten Schriftsätze nach letzten Änderungsarbeiten pünktlich eingereicht und von internationalen Experten aus Wissenschaft und Praxis bewertet.

Am 15. Januar 2013 wurden die über 80 teilnehmenden Teams aus der ganzen Welt darüber informiert, ob sie sich durch ihre Schriftsätze für die

Regional Finals des ELMC qualifiziert haben, in denen Teams unterschiedlicher Universitäten gegeneinander in mündlichen Plädoyers antreten, die zusammen mit den Schriftsätzen bewertet werden. Das jeweils beste Team aus den Regional Finals hat im April 2013 die Möglichkeit im All European Final ihre Plädoyers in den Räumlichkeiten des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg zu halten.

Das Europainstitut ist sehr stolz, dass sein diesjähriges Team sich für das Regional Final in Lund (Schweden) qualifizieren konnte, das vom 14. bis 17. Februar 2013 stattfinden wird. Obwohl kein Teammitglied einen juristischen Bildungshintergrund hat, konnte das Team selbständig durch viel Motivation und diszipliniertes Arbeiten zwei sehr gute Rechtsschriften abliefern. Das Team bereitet sich nun auf die mündlichen Plädoyers vor. Wir drücken Amra Gadzo, Eveline Gugger Bruckdorfer, Lauren Warnatz und Maya Chollet die Daumen!

Alumni Association



Was macht eigentlich...

...Philipp Oliver Gross?

Philipp Oliver Gross hat das Nachdiplomstudium am Europainstitut im Jahre 1997/98 absolviert und als Masterarbeit eine vergleichende Studie zum kanadischen und europäischen Föderalismus verfasst

Philipp Jordi, Alumni Association des Europainstituts der Universität Basel

Nach dem Nachdiplomkurs 1997/98 am Europainstitut Basel absolvierte ich eine Reihe von Praktika beim Europarat in Strassburg (Mitarbeit an der Vorbereitung des 50jährigen Jubiläums des Europarats 1999) und beim United Nations Development Programme in Genf, bis mich ein Praktikumsangebot der Europäischen Kommission im März 1999 nach Brüssel brachte. Das Praktikum in der damaligen GD X „In-

formation, Kommunikation, Audiovisuelle Medien“ eröffnete mir einen Einblick in die Arbeit der Kommission, der einen bleibenden Eindruck hinterließ.

Am Ende dieses Praktikums, das mit den Europawahlen 1999 zusammenfiel, eröffnete mir die Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter eines neugewählten MdEPs die Möglichkeit, mich auf Dauer in Brüssel niederzulassen.

Die Arbeit sowohl im Wahlkreis des Abgeordneten als auch in den Ausschüssen im EP (Rechts- und Industrieausschuss) war eine ausgezeichnete „Schule“ für weitere Tätigkeiten in Brüssel. Die Assistenten der MdEPs sind direkt involviert in die Berichte, die ihre Chefs schreiben, sowie in die Arbeit mit Interessenvertretern, mit der Kommission und dem Parlamentssekretariat.

Nach zwei Jahren wechselte ich in die Unternehmensrepräsentanz der Deutschen Telekom AG in Brüssel und fand mich „auf der anderen Tischseite“ wieder, da es nunmehr darum ging, die Positionen eines großen Telekommunikationsunternehmens im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens des zweiten „electronic communications package“ zu vertreten.

Parallel zu dieser Tätigkeit bereitete ich mehrere Concours der Europäischen Kommission vor und hatte das Glück, im Jahre 2004 ein Auswahlverfahren zu bestehen. Im Oktober 2004 wechselte ich daher in die Internationale

Abteilung der GD Informationsgesellschaft und kümmerte mich nunmehr als „WTO and UN desk officer“ zunächst um den Weltgipfel zur Informationsgesellschaft, dann um das Kapitel „telecommunications and computer-related services“ des GATS im Rahmen der Doha-Runde.

Zwei Jahre später, im Juni 2006, gelang mir der Wechsel in die GD Aussenbeziehungen, womit ich in dem Bereich ankam, der mich von Anfang an am meisten interessiert hatte, in dem ich aber mit einer Absage des deutschen Aussenministeriums kurz nach dem Ende des Nachdiplomkurses nicht

direkt Fuss fassen konnte. Ich kümmerte mich drei Jahre um die geographische Koordinierung der Kooperation mit den Golfstaaten und mit Jemen (in diesem Fall v.a. Entwicklungshilfe) und wechselte dann in die Delegation der EU in Indien, wo ich seit 2009 die Sicherheitskooperation und Menschenrechte verfolgte. Der Vertrag von Lissabon hat für die Delegationen der EU einen grossen Zuwachs an politischer Bedeutung und Verantwortung mit sich gebracht, so dass die Arbeit – in einem der großen strategischen Partnerländer der EU, mit einer Präsenz von 26 Mitgliedstaaten – extrem interessant ist.

Veranstaltungen

Europakolloquium

jeweils um 18.15 Uhr am Europainstitut, Gellertstrasse 27. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.

- 21.3.2013** Donnerstag Dr. Oliver Schwarz, Universität Duisburg-Essen: **Die Erweiterung der EU. Zum Wandel eines aussenpolitischen Überinstruments.**
- 26.4.2013** Freitag Prof. Dr. Benedikt Stuchtey, Stv. Direktor des Deutschen Historischen Instituts (DHI) in London: **Britain and the colonial question.**
- 30.5.2013** Donnerstag Dr. Ulf Lewrick, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel: **Financial stability made in Basel - what are the tasks of the Bank for International Settlements (BIS)?**

Ausblick: 20 Jahre Europainstitut

Alle feiern ihre Jubiläen und stärken damit das Selbstbewusstsein und die Aussenwahrnehmung. Es feierten in jüngster Zeit mit besonderer Berechtigung die schon Alten (zum Beispiel die 150jährige Medizinische Gesellschaft Basel oder das 125jährige Historisches Seminar oder unsere 550 Jahre alte Alma Mater). Und es feiern in diesem Jahr mit nicht weniger Berechtigung die noch Jungen (10 Jahre African Studies, 10 Jahre Sprachenzentrum). Das Europainstitut hat 2003 ebenfalls seine 10 Jahre gefeiert (in Brüglingen mit Bundesrätin Michelin Calmy-Rey) und wird sicher in diesem Jahr auch seine 20 Jahre feiern (vielleicht wieder mit einer hochgestellten Magistratsperson).

Die Institutsleitung, der Stiftungsrat, der Förderverein und die Alumni-Vereinigung werden sich überlegen, wie man den Anlass angemessen gestalten und im genannten Sinn eine weitere Stärkung des Instituts herbeiführen kann. Es ist ein sehr willkommener Zufall, dass das Jubiläum mit der Einleitung einer neuen Phase zusammenfällt - mit der Erweiterung des Forschungsfeld unter dem Titel European and Global Studies (mit Schwerpunkt Asien) und unter der Führung der neuen Institutsleiterin Prof. Madeleine Herren-Oesch.

Die genannten Gruppierungen wollen das Jubiläum sicher nicht für sich alleine feiern und sind auch daran interessiert, Vorschläge entgegenzunehmen und insbesondere, wenn es einmal so weit ist, mit einer enthusiastischen Teilnehmerchaft rechnen zu dürfen. In diesem Sinne erfolgt schon jetzt diese Ankündigung.